

**No. 50814\***

---

**Poland  
and  
Germany**

**Framework Agreement between the Republic of Poland and the Federal Republic of Germany concerning transboundary cooperation on emergency medical service (with annex). Warsaw, 21 December 2011**

**Entry into force:** *28 May 2013, in accordance with article 15*

**Authentic texts:** *German and Polish*

**Registration with the Secretariat of the United Nations:** *Poland, 28 May 2013*

*\*No UNTS volume number has yet been determined for this record. The Text(s) reproduced below, if attached, are the authentic texts of the agreement /action attachment as submitted for registration and publication to the Secretariat. For ease of reference they were sequentially paginated. Translations, if attached, are not final and are provided for information only.*

---

**Pologne  
et  
Allemagne**

**Accord-cadre entre la République de Pologne et la République fédérale d'Allemagne relatif à la coopération transfrontière en matière de services médicaux d'urgence (avec annexe). Varsovie, 21 décembre 2011**

**Entrée en vigueur :** *28 mai 2013, conformément à l'article 15*

**Textes authentiques :** *allemand et polonais*

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies :** *Pologne, 28 mai 2013*

*\* Numéro de volume RTNU n'a pas encore été établie pour ce dossier. Les textes reproduits ci-dessous, s'ils sont disponibles, sont les textes authentiques de l'accord/pièce jointe d'action tel que soumises pour l'enregistrement et publication au Secrétariat. Pour référence, ils ont été présentés sous forme de la pagination consécutive. Les traductions, s'ils sont inclus, ne sont pas en form finale et sont fournies uniquement à titre d'information.*

[ GERMAN TEXT – TEXTE ALLEMAND ]

**Rahmenabkommen**  
**zwischen**  
**der Republik Polen**  
**und**  
**der Bundesrepublik Deutschland**  
**über**  
**die grenzüberschreitende Zusammenarbeit**  
**im Rettungsdienst**

Die Republik Polen  
und  
die Bundesrepublik Deutschland,  
nachstehend als „Vertragsparteien“ bezeichnet –

unter Berücksichtigung des Artikels 12 des Vertrags zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit der am 17. Juni 1991 in Bonn unterzeichnet wurde,

von dem Wunsche geleitet, Grundlagen für eine vertiefte grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rettungsdienst zu bilden,

von dem Wunsche geleitet, die Verwaltungsverfahren unter Berücksichtigung des Gemeinschaftsrechts und der Rechtsprechung der Europäischen Union zu vereinfachen,

entschlossen, diese Zusammenarbeit durch den Abschluss von Kooperationsvereinbarungen im Rettungswesen unter Achtung des innerstaatlichen Rechts und der internationalen Verpflichtungen der Vertragsparteien zu erleichtern und zu fördern-

sind wie folgt übereingekommen:

#### Artikel 1 Begriffsbestimmungen

Die in diesem Abkommen verwendeten Begriffe bedeuten Folgendes:

1) „Medizinischer Notfall“ - Zustand eines plötzlichen bzw. kurz bevorstehenden Auftretens von Symptomen erheblicher Gesundheitsbeeinträchtigung oder Lebensgefahr, der einer sofortigen Durchführung von Rettungsmaßnahmen und medizinischen Behandlung bedarf;

2) „Rettungseinsätze“ - Handlungen, die gegenüber Personen vorgenommen werden, bei denen ein medizinischer Notfall vorliegt. Sie umfassen die Notrufannahme, das Entsenden eines Rettungsteams zum Einsatzort, die Durchführung von Rettungsmaßnahmen und den Transport zu der am schnellsten erreichbaren und für den

Zustand des Patienten geeigneten medizinischen Versorgungseinrichtung, die vom Disponenten derjenigen Vertragspartei benannt wird, auf deren Gebiet sich der Einsatzort befindet;

3) „Rettungsmaßnahmen“ - lebens- oder gesundheitsrettende Maßnahmen, die von befugten Personen unter Einsatz von Arzneimitteln und medizinischer Ausrüstung außerhalb von medizinischen Versorgungseinrichtungen vorgenommen werden;

4) „Leistungserbringer im Rettungsdienst“ - natürliche und juristische Personen, die über Rettungsteams verfügen und für deren Tätigkeit verantwortlich sind;

5) „Rettungsteams“ - Teams, die sich aus Personen zusammensetzen, die zur Durchführung von Rettungsmaßnahmen außerhalb von Krankenhäusern befugt sind und die mit einem speziellen Rettungswagen, der die technischen und Qualitätsanforderungen der europäisch harmonisierten Normen erfüllt, Medikamenten und medizinischer Ausrüstung sowie Kommunikationsmitteln ausgestattet sind;

6) „Einsatzort“ - der Ort, an dem das Ereignis eintrat, das einen medizinischen Notfall verursachte, und das Gebiet, worauf sich die Folgen dieses Ereignisses erstrecken;

7) „Disponent“ - die zur Annahme von Informationen über Personen, bei denen ein medizinischer Notfall eingetreten ist sowie zum Entsenden von Rettungsteams zum Einsatzort befugte Person;

8) „Einsatzgebiet der Rettungsteams im Grenzgebiet“ - Gebiet für den Einsatz der Rettungsteams, das in den Kooperationsvereinbarungen, unter Berücksichtigung von Zeitangaben ab Notrufannahme durch den Disponenten bis zum Eintreffen am Einsatzort festgelegt wird.

## Artikel 2

### Zweck des Rahmenabkommens

Zweck dieses Rahmenabkommens ist die Festlegung des rechtlichen Rahmens für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rettungsdienst zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ziel, im Grenzgebiet eine bestmögliche rettungsdienstliche Versorgung aller Personen, die sich ständig oder vorübergehend in diesem Gebiet aufhalten, sicherzustellen.

Artikel 3  
Geltungsbereich

Dieses Rahmenabkommen gilt für folgendes Grenzgebiet:

- in der Republik Polen: für die Woiwodschaften Niederschlesien, Lebuser Land und Westpommern;
- in der Bundesrepublik Deutschland: für die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und den Freistaat Sachsen.

Artikel 4  
Kooperationsvereinbarungen

1. Zur Umsetzung des Rahmenabkommens können Kooperationsvereinbarungen geschlossen werden.
2. Zum Abschluss von Kooperationsvereinbarungen, deren Umsetzung und Überwachung sind befugt:
  - für die Republik Polen: der Woiewode von Niederschlesien, der Woiewode von Lebus, der Woiewode von Westpommern;
  - für die Bundesrepublik Deutschland die Länder: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und der Freistaat Sachsen sowie die Landkreise und kreisfreien Städte.
3. In den Kooperationsvereinbarungen nach Absatz 1 werden die Bedingungen und Regeln der Zusammenarbeit festgelegt. Dies betrifft insbesondere:
  - 1) die Verfahrensweise der Durchführung von Rettungseinsätzen auf beiden Seiten der Grenze;
  - 2) die Voraussetzungen für die Annahme oder Ablehnung von Notrufen sowie das Entsenden des Rettungsteams;
  - 3) die Voraussetzungen für den Abschluss von Rettungseinsätzen am Einsatzort;
  - 4) die Festlegung von Einsatzgebieten der einzelnen Rettungsteams;
  - 5) die Organisation und Koordination der technischen Kommunikation;

- 6) die Verwendung von Licht- und Tonsignalen durch Rettungsfahrzeuge nach Maßgabe des geltenden innerstaatlichen Rechts der jeweiligen Vertragspartei sowie der innerstaatlichen Kompetenzverteilung;
- 7) die Identifizierung von Leistungserbringern und Rettungsteams;
- 8) die Haftpflichtversicherung der Leistungserbringer für Schäden, die bei der Durchführung von Rettungseinsätzen auf dem Gebiet der jeweils anderen Vertragspartei verursacht werden, nach Maßgabe der innerstaatlichen Kompetenzverteilung sowie des geltenden innerstaatlichen Rechts der jeweiligen Vertragspartei;
- 9) die Erfassung der durchgeführten Rettungseinsätze;
- 10) Initiativen zur Intensivierung und Verbesserung der Kommunikation, Organisation und Durchführung grenzüberschreitender Rettungseinsätze, unter anderem durch gemeinsame Schulungen (zum Beispiel Sprachkurse);
- 11) die Auswertung und Kontrolle der Qualität sowie der Sicherheit durchgeführter Rettungseinsätzen;
- 12) Einzelheiten der in Artikel 8 dieses Rahmenabkommens vorgesehenen Kostenübernahme für grenzüberschreitende Rettungseinsätze durch die Parteien, die nach Absatz 2 die Kooperationsvereinbarungen abschließen.

## Artikel 5

### Rettungsdienstliches Personal

1. Personen, die Rettungsmaßnahmen im Rahmen dieses Rahmenabkommens durchführen, unterliegen keiner Pflicht zur Registrierung oder Vorabinformation über die beabsichtigte Durchführung medizinischer Rettungsmaßnahmen sowie zur Erlangung zusätzlicher Genehmigungen im Bereich der Durchführung dieser Maßnahmen auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei. Zudem sind diese Personen von der Pflichtmitgliedschaft in Berufskammern der jeweils anderen Vertragspartei befreit.

2. Personen, von denen Rettungseinsätze im Rahmen des vorliegenden Rahmenabkommens durchgeführt werden, handeln gemäß der vorhandenen beruflichen Qualifikation und nach dem Stand der medizinischen Wissenschaft sowie unter Beachtung der Rechtsvorschriften der Vertragspartei, auf deren Gebiet die Rettungseinsätze durchgeführt werden.

Artikel 6  
Grenzübertritt

1. Personen, die aus dem Hoheitsgebiet des einen Vertragsstaates in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates im Rahmen einer Notfallversorgung einreisen, sind von der Pflicht befreit, ein gültiges Reisedokument sowie einen Sichtvermerk oder ein anderes Dokument, das zur Einreise und zum Aufenthalt im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei berechtigt, zu besitzen, falls sie erforderlich sind. Die Befreiung endet, sobald es möglich wird, die Dokumente zu erhalten, die einen Aufenthalt in diesem Hoheitsgebiet ermöglichen, oder ein Antrag auf Ausstellung dieser Dokumente bei den zuständigen Behörden gestellt werden kann, wobei die besonderen Umstände des betreffenden Falles und der Vorrang der Inanspruchnahme von Hilfe zu beachten sind.

2. Besteht keine Möglichkeit, die richtigen Dokumente zu erhalten, die den Aufenthalt im Hoheitsgebiet der die Hilfe leistenden Vertragspartei ermöglichen, nimmt die Vertragspartei, aus deren Hoheitsgebiet die Einreise erfolgte, die Personen ohne zusätzliche Formalitäten und ohne unnötige Verzögerung auf, denen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Hilfe bei einem medizinischen Notfall gewährt wurde.

3. Im Falle der vorübergehenden Einführung von Grenzkontrollen an der gemeinsamen Grenze nach Maßgabe der Verordnung (EG) Nr. 562/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex) oder eines diese Verordnung ergänzenden oder ersetzenden Rechtsaktes erfolgt der Grenzübertritt an den festgelegten Grenzübergangstellen. In besonderen Fällen kann der Grenzübertritt auch außerhalb der festgelegten Grenzübergangsstellen nach vorheriger Unterrichtung der zuständigen Grenzbehörden der anderen Vertragspartei erfolgen. Absatz 1 bleibt unberührt.

Artikel 7  
Sonderrechte und Ausstattung der Rettungsfahrzeuge

1. Fahrzeuge des Rettungsdienstes der einen Vertragspartei haben bei Rettungseinsätzen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei im Rahmen dieses Abkommens die gleichen Sonder- und Wegerechte wie Fahrzeuge des Rettungsdienstes der anderen Vertragspartei gemäß den jeweiligen Straßenverkehrsvorschriften.

2. Die zur Durchführung von Rettungseinsätzen erforderliche Ausrüstung der Rettungsteams erfüllt die in den nationalen Rechtsvorschriften der Vertragspartei, aus der das Rettungsteam kommt, festgelegten Anforderungen und unterliegt keinen Ein- bzw. Ausfuhrverboten oder -beschränkungen.

3. Jede Vertragspartei erkennt die Rettungsfahrzeugzulassungen, Fahrerlaubnisse, Fahrberechtigungen, technischen Ausstattungen, Genehmigungen und sonstige für die Durchführung von Rettungseinsätzen bei medizinischen Notfällen zu erfüllenden Anforderungen an, die die Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei zulassen.

4. Den Besitz zu medizinischen Zwecken sowie die Anwendung von zugelassenen Betäubungsmitteln und psychotropen Substanzen durch die Rettungsteams regeln die in der Anlage zu diesem Rahmenabkommen genannten nationalen Rechtsvorschriften der jeweiligen Vertragspartei.

#### Artikel 8

##### Kosten

1. Die Ausgestaltung der Kostenübernahme von Rettungseinsätzen wird in Kooperationsvereinbarungen geregelt. Diese sollten vorsehen, dass die Kosten grenzüberschreitender Rettungsdienstleistungen dem Hilfeleistenden Staat nicht erstattet werden.

2. Die Bestimmungen der Verordnungen der Europäischen Union über die Koordinierung der Systeme der Sozialen Sicherheit bleiben unberührt.

#### Artikel 9

##### Schutz personenbezogener Daten

Personenbezogene Daten werden nach Maßgabe der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr sowie der jeweiligen nationalen Umsetzungsvorschriften geschützt.



Artikel 10  
Gemeinsame Kommission

1. Es wird eine Gemeinsame Kommission eingerichtet, die aus der gleichen Zahl von Vertretern der jeweils zuständigen Behörden der Vertragsparteien zusammengesetzt ist. Sie wird beauftragt, die richtige Umsetzung der Bestimmungen dieses Rahmenabkommens zu begleiten und eventuell inhaltliche Änderungen an diesem Abkommen vorzuschlagen. Die gemeinsame Kommission tritt nicht weniger als einmal im Jahr und im Bedarfsfall auf Antrag einer der beiden Vertragsparteien zusammen.

2. Die Organisationskosten der Sitzung der Gemeinsamen Kommission werden von der austragenden Vertragspartei getragen. Organisatorische Einzelheiten zur Arbeitsweise der Gemeinsamen Kommission werden in ihrer Geschäftsordnung geregelt.

3. Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Anwendung oder Interpretation des vorliegenden Rahmenabkommens werden von der Gemeinsamen Kommission in enger Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen Organen der Vertragsparteien gelöst. Sollte es unmöglich sein, eine Verständigung zu erzielen, werden die Anwendung und Interpretation dieses Abkommens betreffende Meinungsunterschiede zur Lösung auf diplomatischem Wege weitergeleitet.

Artikel 11  
Gegenseitige Informationsverpflichtungen

Die Vertragsparteien dieses Rahmenabkommens verpflichten sich, der jeweils anderen Vertragspartei sämtliche Informationen über Veränderungen in den Organisations- und Rechtssystemen, die auf die Durchführung dieses Rahmenabkommens Auswirkungen haben können, unverzüglich mitzuteilen.

Artikel 12  
Verhältnis zu anderen Übereinkünften

Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aus anderen völkerrechtlichen Übereinkünften, insbesondere aus dem Abkommen zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen, das am 10. April 1997 in Warschau unterzeichnet wurde, bleiben durch dieses Rahmenabkommen unberührt.

Artikel 13  
Änderung der Anlage

Änderungen und Ergänzungen der Anlage zu diesem Rahmenabkommen erfolgen in Form des diplomatischen Notenaustausches.

Artikel 14  
Geltungsdauer, Kündigung und Änderungen des Rahmenabkommens

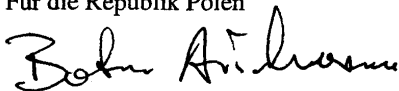
1. Dieses Rahmenabkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.
2. Jede Vertragspartei dieses Rahmenabkommens kann es jederzeit durch schriftliche Notifikation auf diplomatischem Weg kündigen. Diese Kündigung wird nach Ablauf von zwölf Monaten nach Eingang der Notifikation über die Kündigung bei der jeweils anderen Vertragspartei wirksam.
3. Änderungen dieses Rahmenabkommens bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

Artikel 15  
Inkrafttreten des Rahmenabkommens

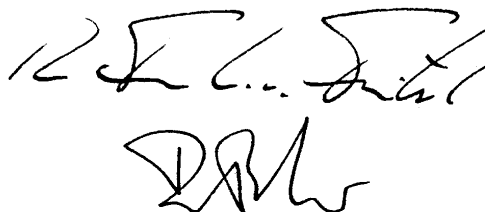
1. Die Vertragsparteien teilen einander auf diplomatischem Wege mit, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Rahmenabkommens erfüllt sind.
2. Dieses Rahmenabkommen tritt 90 Tage nach Eingang der letzten Note in Kraft.

Geschehen zu Warschau am 21. Dez. 11 in zwei Urschriften, jede in polnischer und deutscher Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Republik Polen



Für die Bundesrepublik  
Deutschland



Anlage  
zum  
Rahmenabkommen  
zwischen  
der Republik Polen  
und  
der Bundesrepublik Deutschland  
über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rettungsdienst

Vorschriften zu den Grundsätzen der Anwendung von Betäubungsmitteln, die von den Rettungsteams transportiert werden:

In der Republik Polen finden Anwendung:

- 1) Gesetz *über die Drogenbekämpfung* vom 29. Juli 2005 (ustawa z dnia 29 lipca 2005 r. o przeciwdziałaniu narkomanii, Dz. U. Nr 179, Poz. 1485, z późn. zm.);
- 2) *Pharmaziegesetz* vom 6. Juni 2001 (ustawa z dnia 6 września 2001 r. Prawo Farmaceutyczne, Dz. U. Nr 45, Poz. 271, z późn. zm.);
- 3) Verordnung des Gesundheitsministers *über Zubereitungen, die Betäubungsmittel oder psychotrope Stoffe enthalten und nach Erhalt der Genehmigung des Woiwodschaftsinspektors für Pharmazeutische Angelegenheiten zu medizinischen Zwecken aufbewahrt werden können* vom 13. Januar 2003 (rozporządzenie Ministra Zdrowia z dnia 13 stycznia 2003 r. w sprawie preparatów zawierających środki odurzające lub substancje psychotropowe, które mogą być posiadane w celach medycznych, po uzyskaniu zgody wojewódzkiego inspektora farmaceutycznego, Dz. U. Nr 37, Poz. 324, z późn. zm.);
- 4) Verordnung des Gesundheitsministers *über Betäubungsmittel, psychotrope Stoffe, Grundstoffe der Kategorie 1 und Zubereitungen, die diese Stoffe enthalten* vom 11. September 2006 r. (rozporządzenie Ministra Zdrowia z dnia 11 września 2006 r. w sprawie środków odurzających, substancji psychotropowych, prekursorów kategorii 1 i preparatów zawierających te środki lub substancje, Dz. U. Nr 169, Poz. 1216, z późn. zm.);
- 5) Verordnung des Gesundheitsministers *über den genauen Umfang der Rettungsmaßnahmen, die durch einen Rettungssanitäter unternommen werden können* vom 29. Dezember 2006 (rozporządzenie Ministra Zdrowia z dnia 29 grudnia 2006 r. w sprawie szczegółowego zakresu medycznych czynności ratunkowych, które mogą być podejmowane przez ratownika medycznego, Dz. U. z 2007 r. Nr 4, Poz. 33, z późn. zm.);
- 6) Verordnung des Gesundheitsministers *über Art und Umfang der Vorbeugungs-, Diagnostik-, Behandlungs- und Rehabilitationsleistungen, die von Krankenschwestern oder Hebammen eigenständig und ohne ärztliche Anordnung erbracht werden* vom 7. November 2007 (rozporządzenie Ministra Zdrowia z dnia 7 listopada 2007 r. w sprawie rodzaju i zakresu świadczeń zapobiegawczych, diagnostycznych, leczniczych i rehabilitacyjnych udzielanych przez pielęgniarkę albo położną samodzielnie bez zlecenia lekarskiego, Dz. U. Nr 210, Poz. 1540).

In der Bundesrepublik Deutschland finden Anwendung:

- 1) Paragraph 4 Absatz 1 Nummer 4 des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG) in Verbindung mit § 15 der Betäubungsmittelaußenhandels-Verordnung (BtMAHV) sowie
- 2) Paragraphen 2 und 6 der Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung (BtMVV).

[ POLISH TEXT – TEXTE POLONAIS ]

**Umowa ramowa**

**między**

**Rzeczpospolitą Polską**

**a**

**Republiką Federalną Niemiec**

**o**

**współpracy transgranicznej w ratownictwie medycznym**

Rzeczpospolita Polska  
i  
Republika Federalna Niemiec,  
zwane dalej „Umawiającymi się Stronami“,

mając na uwadze artykuł 12 Traktatu między Rzeczpospolitą Polską a Republiką Federalną Niemiec o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy podpisanego w Bonn dnia 17 czerwca 1991 roku,

pragnąc stworzyć podstawy dla pogłębionej współpracy transgranicznej w ratownictwie medycznym,

pragnąc uprościć procedury administracyjne przy uwzględnieniu przepisów prawa wspólnotowego i orzecznictwa Unii Europejskiej,

zdecydowane ułatwiać i wspierać tę współpracę poprzez zawieranie porozumień o współpracy w zakresie ratownictwa medycznego przy poszanowaniu prawa wewnętrznego i zobowiązań międzynarodowych Umawiających się Stron,

uzgodniły, co następuje:

#### Artykuł 1 Określenia pojęć

Pojęcia użyte w niniejszej Umowie oznaczają, co następuje:

- 1) „stan nagły” – stan polegający na nagłym lub przewidywanym w krótkim czasie pojawieniu się objawów znacznego pogorszenia zdrowia lub utraty życia, wymagający natychmiastowego przeprowadzenia czynności ratunkowych i leczenia;
- 2) „działania ratunkowe” – działania wykonywane wobec osób w stanie nagłym. Działania te obejmują przyjęcie zgłoszenia, wysłanie zespołu ratunkowego na miejsce akcji, wykonywanie czynności ratunkowych i transport do najbliższego pod względem czasu dotarcia i właściwego ze względu na stan pacjenta podmiotu leczniczego, wska-

zanego przez dyspozytora tej z Umawiających się Stron, na terytorium której znajduje się miejsce akcji;

3) „czynności ratunkowe” – czynności ratujące życie lub zdrowie wykonywane przez osoby uprawnione z użyciem leków i sprzętu medycznego w warunkach poza podmiotami leczniczymi;

4) „usługodawcy ratownictwa medycznego” – osoby fizyczne i prawne dysponujące zespołami ratunkowymi i odpowiedzialne za ich funkcjonowanie;

5) „zespoły ratunkowe” – zespoły, w skład których wchodzi osoby uprawnione do wykonywania czynności ratunkowych w warunkach pozaszpitalnych i wyposażone w specjalistyczny pojazd sanitarny spełniający cechy techniczne i jakościowe europejskich norm zharmonizowanych, leki i sprzęt medyczny oraz środki łączności;

6) „miejsce akcji” – miejsce, w którym nastąpiło zdarzenie powodujące stan nagły, i obszar, na który rozciągają się skutki tego zdarzenia;

7) „dyspozytor” – osoba uprawniona do przyjmowania informacji o osobach będących w stanie nagłym oraz uprawniona do wysyłania zespołów ratunkowych na miejsce akcji;

8) „rejon działania zespołów ratunkowych w obszarze przygranicznym” – rejon działania zespołów ratunkowych uwzględniający parametry czasu ich dotarcia na miejsce akcji od chwili przyjęcia zgłoszenia przez dyspozytora, określony w porozumieniach o współpracy.

## Artykuł 2

### Cel Umowy ramowej

Celem niniejszej Umowy ramowej jest określenie ram prawnych współpracy transgranicznej w ratownictwie medycznym między Rzeczpospolitą Polską a Republiką Federalną Niemiec dla zapewnienia na obszarze przygranicznym możliwie jak najlepszej opieki w zakresie ratownictwa medycznego wszystkim osobom, które stale lub czasowo przebywają na tym obszarze.

### Artykuł 3

#### Obszar obowiązywania

Niniejsza Umowa ramowa obowiązuje w obszarze przygranicznym:

- Rzeczypospolitej Polskiej: w województwach dolnośląskim, lubuskim i zachodniopomorskim;
- Republiki Federalnej Niemiec: w krajach związkowych Brandenburgia, Meklemburgia-Pomorze Przednie i Saksonia.

### Artykuł 4

#### Porozumienia o współpracy

1. W celu realizacji Umowy ramowej mogą być zawierane porozumienia o współpracy.
2. Do zawierania porozumień o współpracy, ich realizacji i nadzorowania uprawnione są:
  - w Rzeczypospolitej Polskiej: Wojewoda Dolnośląski, Wojewoda Lubuski, Wojewoda Zachodniopomorski;
  - w Republice Federalnej Niemiec kraje związkowe: Meklemburgia-Pomorze Przednie, Brandenburgia i Saksonia oraz powiaty i miasta na prawach powiatów.
3. Porozumienia o współpracy, o których mowa w ustępie 1, określają warunki i zasady współpracy dotyczące w szczególności:
  - 1) sposobu prowadzenia działań ratunkowych po obu stronach granicy;
  - 2) warunków przyjmowania lub odrzucenia zgłoszeń oraz wysyłania zespołów ratunkowych;
  - 3) warunków zakończenia działań ratunkowych na miejscu akcji;
  - 4) określenia rejonów działania dla poszczególnych zespołów ratunkowych;
  - 5) organizacji i koordynacji technicznej łączności powiadamiania;



- 6) używania sygnałów świetlnych i dźwiękowych przez specjalistyczne pojazdy sanitarne zgodnie z obowiązującym prawem wewnętrznym każdej z Umawiających się Stron oraz wewnętrznym podziałem kompetencji;
- 7) identyfikacji usługodawców ratownictwa medycznego oraz zespołów ratunkowych;
- 8) ubezpieczenia odpowiedzialności cywilnej usługodawców ratownictwa medycznego za szkody wyrządzone przy wykonywaniu działań ratunkowych na obszarze drugiej Umawiającej się Strony, zgodnie z wewnętrznym podziałem kompetencji oraz z obowiązującym prawem wewnętrznym każdej z Umawiających się Stron;
- 9) ewidencjonowania przeprowadzonych działań ratunkowych;
- 10) inicjatyw mających na celu intensyfikację i poprawę komunikacji, organizacji i realizacji transgranicznych działań ratunkowych, między innymi poprzez wspólne szkolenia (na przykład kursy językowe);
- 11) oceny i kontroli jakości oraz bezpieczeństwa prowadzonych działań ratunkowych;
- 12) szczegółów przewidzianego w artykule 8 niniejszej Umowy ramowej przejęcia kosztów dotyczących transgranicznych działań ratunkowych przez strony, które zgodnie z ustępem 2 zawierają porozumienia o współpracy.

## Artykuł 5

### Osoby uprawnione do wykonywania czynności ratunkowych

1. Osoby wykonujące czynności ratunkowe w ramach niniejszej Umowy ramowej nie podlegają obowiązkowi rejestracji lub uprzedniego poinformowania o zamiarze wykonywania medycznych czynności ratunkowych i uzyskania dodatkowych zezwoleń w zakresie wykonywania tych czynności na terytorium drugiej Umawiającej się Strony. Ponadto osoby te są zwolnione z obowiązku członkostwa w izbach zawodowych drugiej Umawiającej się Strony.

2. Osoby prowadzące działania ratunkowe w ramach niniejszej Umowy ramowej działają zgodnie z posiadanymi kwalifikacjami zawodowymi i stanem wiedzy medycznej

oraz z poszanowaniem przepisów prawa Umawiającej się Strony, na terytorium której prowadzone są działania ratunkowe.

## Artykuł 6

### Przekraczanie granicy państwowej

1. Osoby wjeżdżające z terytorium Umawiającej się Strony na terytorium drugiej Umawiającej się Strony w ramach podejmowanych działań ratunkowych w stanach nagłych, są zwolnione z obowiązku posiadania ważnego dokumentu podróży oraz wizy lub innego dokumentu uprawniającego do wjazdu i pobytu na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, jeśli są wymagane. Zwolnienie kończy się z chwilą, gdy uzyskanie dokumentów umożliwiających pobyt na tym terytorium lub złożenie do właściwych organów wniosku o ich wydanie stanie się możliwe, biorąc pod uwagę szczególne okoliczności danego wypadku i pierwszeństwo uzyskania pomocy.

2. W przypadku braku możliwości uzyskania właściwych dokumentów umożliwiających pobyt na terytorium Umawiającej się Strony udzielającej pomocy, Umawiająca się Strona, z terytorium której nastąpił wjazd, przyjmie osoby, którym na terytorium drugiej Umawiającej się Strony udzielono pomocy w stanach nagłych, bez dodatkowych formalności i bez zbędnej zwłoki.

3. W przypadku tymczasowego przywrócenia kontroli granicznych na wspólnej granicy zgodnie z rozporządzeniem Parlamentu Europejskiego i Rady (WE) nr 562/2006 z dnia 15 marca 2006 r. ustanawiającym wspólnotowy kodeks zasad regulujących przepływ osób przez granice (kodeks graniczny Schengen) lub innym aktem prawnym, uzupełniającym lub zastępującym to rozporządzenie, przekraczanie granicy odbywa się w wyznaczonych przejściach granicznych. W szczególnych przypadkach przekraczanie granicy może odbywać się także poza wyznaczonymi przejściami granicznymi, po uprzednim powiadomieniu właściwych organów granicznych drugiej Umawiającej się Strony. Powyższe nie narusza ustępu 1.

## Artykuł 7

### Prawa szczególne i wyposażenie specjalistycznych pojazdów sanitarnych

1. Specjalistyczne pojazdy sanitarne Umawiającej się Strony w trakcie prowadzenia działań ratunkowych na terytorium drugiej Umawiającej się Strony w ramach niniejszej Umowy ramowej, traktowane są jak pojazdy uprzywilejowane drugiej Umawiającej się Strony, zgodnie z jej przepisami o ruchu drogowym.
2. Wyposażenie zespołów ratunkowych, niezbędne do wykonywania działań ratunkowych spełnia wymagania określone w przepisach prawa krajowego tej Umawiającej się Strony, z której pochodzi zespół ratunkowy i nie będzie przedmiotem zakazów lub ograniczeń stosowanych do wwozu lub wywozu.
3. Każda z Umawiających się Stron uznaje dokumenty dopuszczenia specjalistycznych pojazdów sanitarnych do ruchu, prawa jazdy, prawa do prowadzenia pojazdów mechanicznych, wyposażenie techniczne, pozwolenia i inne wymogi konieczne do spełnienia celem przeprowadzenia działań ratunkowych w stanach nagłych, dopuszczone przepisami prawa drugiej Umawiającej się Strony.
4. Posiadanie w celach medycznych oraz stosowanie przez zespoły ratunkowe dopuszczonych do obrotu środków odurzających i substancji psychotropowych regulują przepisy prawa krajowego każdej z Umawiających się Stron, określone w załączniku do niniejszej Umowy ramowej.

## Artykuł 8

### Koszty

1. Kwestie związane z przejęciem kosztów działań ratunkowych uregulowane zostaną w porozumieniach o współpracy. Powinny one przewidywać, iż koszty transgranicznych działań ratunkowych nie będą zwracane państwu udzielającemu pomocy.
2. Postanowienia rozporządzeń Unii Europejskiej o koordynacji systemów zabezpieczenia społecznego pozostają nienaruszone.

## Artykuł 9

### Ochrona danych osobowych

Dane osobowe podlegają ochronie zgodnie z dyrektywą 95/46/WE Parlamentu Europejskiego i Rady z dnia 24 października 1995 roku w sprawie ochrony osób fizycznych w zakresie przetwarzania danych osobowych i swobodnego przepływu tych danych, jak również z odpowiednimi krajowymi przepisami wykonawczymi.

## Artykuł 10

### Komisja Wspólna

1. Tworzy się Komisję Wspólną, złożoną z równej liczby przedstawicieli właściwych organów każdej z Umawiających się Stron. Powierza się jej monitorowanie prawidłowej realizacji postanowień niniejszej Umowy ramowej oraz ewentualnie proponowanie koniecznych zmian w jej treści. Posiedzenia Komisji Wspólnej odbywają się nie rzadziej niż raz w roku oraz, w razie potrzeby, na wniosek jednej z Umawiających się Stron.
2. Koszty organizacji posiedzenia Komisji Wspólnej ponosi organizująca posiedzenie Umawiająca się Strona. Szczegóły organizacyjne dotyczące trybu prac Komisji Wspólnej zostaną uregulowane w jej regulaminie.
3. Różnice zdań w zakresie stosowania bądź interpretacji niniejszej Umowy ramowej będą rozwiązywane przez Komisję Wspólną w ścisłej współpracy z właściwymi w danym przypadku organami Umawiających się Stron. Jeżeli osiągnięcie porozumienia byłoby niemożliwe, wówczas różnice zdań odnośnie stosowania i interpretacji niniejszej Umowy zostaną przekazane do rozwiązania drogą dyplomatyczną.

## Artykuł 11

### Obowiązek wzajemnej informacji

Strony niniejszej Umowy ramowej zobowiązują się do niezwłocznego przekazywania drugiej Umawiającej się Stronie wszelkich informacji o zmianach w systemach organizacyjnych i prawnych, które mogą wpłynąć na realizację niniejszej Umowy ramowej.

## Artykuł 12

### Stosunek do innych porozumień

Niniejsza Umowa ramowa nie narusza praw i obowiązków Umawiających się Stron, wynikających z innych umów międzynarodowych, w szczególności z Umowy między Rzeczpospolitą Polską a Republiką Federalną Niemiec o wzajemnej pomocy podczas katastrof i klęsk żywiołowych lub innych poważnych wypadków, podpisanej w Warszawie w dniu 10 kwietnia 1997 roku.

## Artykuł 13

### Zmiana załącznika

Zmiany i uzupełnienia załącznika do niniejszej Umowy ramowej będą dokonywane w formie wymiany not dyplomatycznych.

## Artykuł 14

### Okres obowiązywania, wypowiedzenie i zmiany Umowy ramowej

1. Niniejsza Umowa ramowa jest zawarta na czas nieokreślony.
2. Każda z Umawiających się Stron niniejszej Umowy ramowej może ją w każdej chwili wypowiedzieć poprzez pisemną notyfikację przekazaną drogą dyplomatyczną. Wypowiedzenie to staje się skuteczne po upływie dwunastu miesięcy od dnia otrzymania notyfikacji o wypowiedzeniu przez drugą Umawiającą się Stronę.
3. Zmiany niniejszej Umowy ramowej wymagają formy pisemnej pod rygorem nieważności.

## Artykuł 15

### Wejście w życie Umowy ramowej

1. Umawiające się Strony poinformują się wzajemnie drogą dyplomatyczną o spełnieniu wewnętrznych warunków prawnych niezbędnych do wejścia w życie niniejszej Umowy ramowej.

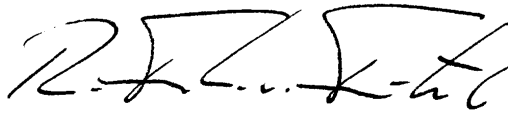

2. Niniejsza Umowa ramowa wchodzi w życie po upływie 90 dni od dnia otrzymania ostatniej noty.

Sporządzono w Konstancji dnia 21 grudnia 2011 r. w dwóch egzemplarzach, każdy w językach polskim i niemieckim, przy czym obydwie teksty mają jednakową moc.

W imieniu  
Rzeczypospolitej Polskiej



W imieniu  
Republiki Federalnej Niemiec

**Załącznik**  
**do**  
**Umowy ramowej**  
**między**  
**Rzeczpospolitą Polską**  
**a**  
**Republiką Federalną Niemiec**  
**o współpracy transgranicznej w ratownictwie medycznym**

Przepisy dotyczące zasad stosowania środków odurzających przewożonych przez zespoły ratunkowe:

W Rzeczypospolitej Polskiej stosuje się:

- 1) ustawę z dnia 29 lipca 2005 r. *o przeciwdziałaniu narkomanii* (Dz. U. Nr 179, poz. 1485, z późn. zm.);
- 2) ustawę z dnia 6 września 2001 r. - *Prawo Farmaceutyczne* (Dz. U. z 2008 r. Nr 45, poz. 271, z późn. zm.);
- 3) rozporządzenie Ministra Zdrowia z dnia 13 stycznia 2003 r. *w sprawie preparatów zawierających środki odurzające lub substancje psychotropowe, które mogą być posiadane w celach medycznych, po uzyskaniu zgody wojewódzkiego inspektora farmaceutycznego* (Dz. U. Nr 37, poz. 324);
- 4) rozporządzenie Ministra Zdrowia z dnia 11 września 2006 r. *w sprawie środków odurzających, substancji psychotropowych, prekursorów kategorii I i preparatów zawierających te środki lub substancje* (Dz. U. Nr 169, poz. 1216, z późn. zm.);
- 5) rozporządzenie Ministra Zdrowia z dnia 29 grudnia 2006 r. *w sprawie szczegółowego zakresu medycznych czynności ratunkowych, które mogą być podejmowane przez ratownika medycznego* (Dz. U. z 2007 r. Nr 4, poz. 33, z późn. zm.);
- 6) rozporządzenie Ministra Zdrowia z dnia 7 listopada 2007 r. *w sprawie rodzaju i zakresu świadczeń zapobiegawczych, diagnostycznych, leczniczych i rehabilitacyjnych udzielanych przez pielęgniarkę albo położną samodzielnie bez zlecenia lekarskiego* (Dz. U. Nr 210, poz. 1540).

W Republice Federalnej Niemiec stosuje się:

- 1) § 4 ust. 1 pkt 4 ustawy o środkach odurzających (Betäubungsmittelgesetz – BtMG) w związku z § 15 rozporządzenia w sprawie obrotu środkami odurzającymi w handlu zagranicznym (Betäubungsmittelaußenhandels-Verordnung – BtMAHV) oraz
- 2) § 2 i § 6 rozporządzenia regulującego warunki wystawiania recept, wydawania z aptek oraz ewidencji środków odurzających (Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung – BtMVV).